Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 79 · Juli 1977

blick punkt

Das Schauspiel von Biblis

Unter strengen „Sicherheitsmaßnahmen", die eigentlich strenge Einschüchterungsmaßnahmen waren, wurde in Biblis das Anhörungsverfahren zum Bau des Blocks C durchgeführt. Einwender, die teilnahmen, darunter Landräte und Bürgermeister, mußten die Hände hochheben und wurden auf Waffen untersucht. Wenn es bisher Zweifler gegeben haben sollte, die der Feststellung nicht trauten, daß der Staat Vollzugsorgan von Konzerninteressen ist, der brauchte nur bei dem Erörterungstermin in Biblis zuzuhören. Dort saßen die Vertreter der hessischen Landesregierung und die Vertreter der rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke AG sowie die Vertreter der Kraftwerks-Union und zogen ein Schauspiel ab. Man spielte demokratische Mitsprache und tat so, als würden Einsprüche der Bürger ernsthaft erörtert. Man spielte die Stunde Null, in der angeblich noch jede Entscheidung offen ist.
Die Stadt Mörfelden, die auf Antrag der DKP-Fraktion im vergangenen Jahr Einspruch erhob, war zeitweise durch Pfarrer Kurt Oeser vertreten.

Um die Kulissen echt zu gestalten, hatte man die Polizei in eine Schule einquartiert, dem Blick der Öffentlichkeit entzogen und gleichzeitig 82 Ordner per Arbeitsamt rekrutiert, die rund um die Uhr für eine Pauschale von DM 1.000,– DM den demokratischen Vorgang kontrollieren und bewachen sollten. Doch die Inszenierung kann die ernsten Probleme nicht verdecken, die dem abenteuerlichen Plan des Erweiterungsbaues C in Biblis anhaften.

Schon am ersten Tage der Erörterung hatte ein Vertreter der Kreisverwaltung Groß-Gerau darauf hingewiesen, daß ein Raumordnungsverfahren in diesem Gebiet nicht rechtsgültig verabschiedet ist und demzufolge die Errichtung eines industriellen Atomgroßkraftwerkes nicht angegangen werden darf; ob das Rhein-Main-Ballungsgebiet eine solche Massierung von Kerntechnik überhaupt vertrüge, müsse erst noch festgestellt werden.

Die DKP-Fraktion in Mörfelden, die seinerzeit initiativ wurde, um auch den Einspruch der Stadt Mörfelden gegen Block C in Biblis in Gang zu setzen, hat gerade diesen Aspekt als eine ungeheuerliche Methode des hessischen Ministeriums bezeichnet. Scheibchenweise versucht Wirtschaftsminister Karry (FDP) Fakten zu schaffen, um die Gestaltung des Rhein-Main-Gebietes im Interesse der Konzerne durchzusetzen. Zu dieser Taktik gehört auch, daß bereits vor zwei Jahren das 1300-Megawatt-Atomkraftwerk Block Biblis C bei den Firmen Kraftwerks-Union und Hochtief bestellt wurde. Man hat bestellt – in der sicheren Annahme, daß das Genehmigungsverfahren im Sinne des Konzerns abgeschlossen wird.
So sicher halten die Konzerne ihren Draht zu Bundes- und Landesregierung, daß sie Hunderte von Millionen investieren in der festen Überzeugung, daß ihre Pläne durchkommen.

Sicher darf auch bei der Diskussion um Biblisnicht übersehen werden, daß bei der Nukleardebatte der EWG in London ein Gesichtspunkt besonderes Gewicht hatte. Die Konzerne wollen den großzügigen Export nuklearer Technologie. Den Export brauche man, um Forschungs- und Entwicklungskosten rentabel abschreiben zu können. Hier liegt des Pudels Kern. Das gewissenlose Überspielen der Einwände in Biblis durch die Schaffung von Fakten liegt im Gewinninteresse der Konzerne.

Vor dem Hintergrund dieses Faktes wird deutlich, welches absurde Theater in Biblis gespielt wird. Eine gewaltige Kulisse von angeblich neutralen Sachverständigen und Regierungsvertretern tut so, als hätten Bürgermeister, Landräte, Kreistagsabgeordnete und Einzelpersonen Mitsprache- und Gestaltungsrecht. In Wahrheit ist das Großprojekt bestellt, die Raumordnung bereits übergangen und der Bau für Regierung und Konzerne beschlossene Sache.
Ganz so einfach wird sich das Ding aller- ▶

Wiesbaden setzt auf Verschleppung

Am 1. Juli '77 beschloß der Landtagsausschuß für Verwaltungsreform mit den Stimmen von SPD, FDP und CDU, sich erst nach der Sommerpause im Sept./Okt. mit dem Tagesordnungspunkt „Namensfrage" zu befassen.

Wie aus dem Innenministerium bekannt wurde, hat man dort Angst vor „Folgefällen". Viele Städte und Gemeinden sind nämlich ebenfalls empört mit ihren neuen von „oben" verordneten Stadtnamen.
Offensichtlich gibt es bei allen Wiesbadener Parteien keine Neigung, dem Wunsch der Stadtverordneten-Mehrheit von Mörfelden-Walldorf nach dem Doppelnamen nachzukommen.
Damit wird deutlich – Wiesbaden setzt auf Verschleppung, offenbar glaubt man dort, daß man im Herbst ohne viel Aufsehen, den Namen „Waldfelden" verordnen kann.
Die DKP-Fraktion Mörfelden-Walldorf protestiert entschieden gegen diese Verschleppungstaktik. Sie sieht darin den Versuch, eine Parlamentsmehrheit zu mißachten.
Wir fordern die Mitglieder der SPD- und CDU-Fraktion auf, jetzt zu den Wiesbadener Plänen Stellung zu beziehen.
Die DKP ist der Meinung, wenn Wiesbaden den Namen „Waldfelden" verordnet, dann ist es Zeit, daß alle politischen Kräfte unserer Stadt erneut über die Auflösung der Fusion nachdenken.

Zahlreiche Vertreter südhessischer Bürgerinitiativen demonstrierten in Biblis gegen die Erweiterung des größten Atomkraftwerkes der Welt, um den Block C.

dings nicht drehen lassen. Während es bei Biblis Block A einen Einspruch gab, bei Block B ganze acht, sind es jetzt bereits 55.000.
Die Beunruhigung im Rhein-Main-Gebiet ist stark gewachsen. Die weißen Kuppeln der Reaktoren A und B sind regelmäßig Übungsziele tieffliegender Bundeswehrjäger. Der Lärm dieser Maschinen hat teilweise die „heilige Erörterung" in der Riedhalle in Biblis unterbrochen. Mit Recht wird in Biblis und Umgebung die Frage gestellt: Welche Katastrophe entsteht, wenn ein konventionelles Unglück passiert, wenn z.B. ein Flugzeug abstürzt. Der Block C, so versichern die Experten in der Riedhalle, sei so massiv, daß ein Flugzeug total zerschellen könnte, ohne den Beton anzukratzen. Bei A und B verbreitet man diese Sicherheitspsychologie nicht. Je länger die Erörterung währt, um so beunruhigender sind die zutage kommenden Fakten.

Mörfelden liegt im unmittelbaren Gefahrenbereich dieses größten Atomkraftwerkes der Welt. Das war für uns mit ein Grund, weshalb wir den Antrag im vergangenen Dezember stellten.

Deswegen hatten wir auch vor der „Anhörung" den Magistrat aufgefordert, daß er sich in Biblis qualifiziert vertreten läßt. Daraufhin entsandte die Stadt dann Kurt Oeser.

Wir hoffen, daß vor allem die Kommunalpolitiker dieser Stadt erkennen, welche Gefahr von den „weißen Kuppeln" im Süden unseres Kreises ausgeht.

Man muß wachsam sein und eine demokratische Gegenbewegung gegen die über Leichen gehende Profitpolitik der Atomindustrie auch in Mörfelden einleiten.

Allen unseren Lesern, die jetzt Urlaub machen, denen die wegfahren und denen die daheim bleiben, wünschen wir schönes Wetter und gute Erholung.

Die „blickpunkt"-Redaktion

Artikel 28

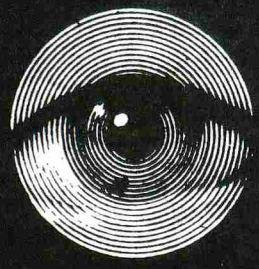
In der Hessischen Verfassung ist das Recht auf Arbeit bereits verankert. Im Artikel 28 heißt es: „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit. . ."
Wiederholt hat die DKP die Forderung erhoben, endlich das Verfassungsgebot in die Realität umzusetzen. Sie stimmt darin mit dem DGB-Hessen überein. Aber alle etablierten Parteien hofften auf die Fähigkeit des von ihnen vertretenen kapitalistischen Systems zur „Selbstregulierung".
Entsprechende Versuche müssen und mußten scheitern. Im Gegenteil: Die SPD/FDP-Landesregierung handelte ebenso wie die CDU-geführten Landesregierungen und die Bundesregierung mit Investitionsprämien zugunsten der Unternehmer, die damit nicht Arbeitsplätze zur Verfügung stellten, sondern Arbeitsplätze wegrationalisierten. Jetzt versprechen alle Bundestags- und Landtagsparteien, die Arbeitslosigkeit als Thema Nr. 1 behandeln zu wollen. Aber gemessen werden sie nur an ihren Taten.
Die DKP betont erneut, daß eine Überwindung der Arbeitslosigkeit nur im Kampf gegen das Großkapital möglich und endgültig erst im Sozialismus gesichert ist.
Heute rufen wir alle politischen und gewerkschaftlichen Kräfte unseres Landes auf, in parallelen und gemeinsamen Aktionen für die Durchsetzung ganz konkreter Forderungen einzutreten, wie für:
das Verbot von Massenentlassungen
die Hebung der Massenkaufkraft,
die Bereitstellung von Lehrstellen,
die Verkürzung der Arbeitszeit,
die Herabsetzung des Rentenalters,
die Verlängerung des Urlaubs,
die Einführung des 10. Grundschuljahres.

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen. Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür danken wir recht herzlich.
Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert. Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Auf der Stadtverordneten-Sitzung am 21. Juni 1977 stand der DKP-Antrag „Aufhebung der Fusion" auf der Tagesordnung. Er wurde mit den Stimmen der SPD und der der CDU abgelehnt.
Obwohl es auch in der SPD- und CDU-Fraktion Fusionsgegner gibt, wagte niemand gegen die festgelegte „Fraktionsmarschrichtung" zu stimmen.
Eine Bürgermehrheit wurde überstimmt — auf dem Schlachtfeld blieb ein Stück Demokratie.
Es bleibt die Frage, wie sich die „Fraktions-Befürworter" verhalten, wenn uns Wiesbaden den Namen „Waldfelden" zu diktieren will. In dieser Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.
Zu Beginn der Debatte gab DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler eine Erklärung ab, aus der wir folgende Abschnitte abdrucken:

Einen historischen Fehler korrigieren

Die Fusion steht heute abend erneut zur Debatte. Die DKP will mit ihrem Antrag erreichen, daß ein historischer Fehler korrigiert wird.

Zur Fusion wurde schon viel gesagt und die DKP hat auch viele Argumente in die Diskussion gebracht. Wenn wir dies feststellen, wenn wir sagen, daß wir von Anfang an gegen die Städtezusammenlegung auftraten, daß wir von Anfang an eine Bürgerbefragung forderten, dann sagen wir dies nicht selbstgefällig.
Und wenn wir feststellen, daß es immer noch starken Widerstand gibt, dann sagen wir dies mit Stolz, denn es ist unbestritten, daß die DKP dazu einen großen Beitrag geleistet hat.

Die Mehrheit ist dagegen

In Mörfelden lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Fusion nach wie vor eindeutig ab. In Walldorf ist die Zahl der Fusionsgegner nach dem 17. Mai am anwachsen. Wir meinen, aus dieser Debatte am 17. Mai in der Walldorfer Stadthalle sollten wir eigentlich gelernt haben. Wo gab es das schon, eine Stadtverordnetenversammlung mit nahezu 600 Besuchern. Bis tief in die Nacht wurde in in den Gaststätten diskutiert, bei jeder zweiten Familienfeier wird über die Fusion und die damit verbundene Namensänderung gesprochen. Da haben wir doch das Interesse, das wir uns wünschen.
Sicher war dabei auch viel Lokalpatriotismus Natürlich spielten auch einige überlieferte Gegensätzlichkeiten eine Rolle. Aber es war in jedem Fall Engagement — demokratisches Engagement. Es gab den Wunsch, Einfluß zu nehmen und nicht nur auf irgendeinen Wahltag zu warten. Wir glauben, daß man über diese Verärgerung der Menschen nachdenken sollte. Wir sollten auch immer daran denken, daß es außer den Leuten, die hierher kommen, eine große schweigende Mehrheit gibt. Wir sollten wissen, der Unmut ist da — auch dann, wenn er nicht immer artikuliert und formuliert wird.

Das Ergebnis der Kommunalwahl war keine Fusionszustimmung

Das ist auch abzulesen bei den Diskussionen und dem Ergebnis der Wahl am 20. März. Das war doch kein Votum für die Fusion. Diese geschickt eingefädelte „Bürgermeisterwahl" war ein Ausspielen geschichtlich gewachsener Gegensätzlichkeiten. Die Mörfelder wollten ihren Bürgermeister und den Bürgermeistersitz — die Walldorfer wollten ihren Bürgermeister und ebenfalls den Bürgermeistersitz. Und so kam für die SPD ein von der Antifusionsstimmung getragenes Wahlergebnis zustande, daß dem Landestrend entgegenstand. Sicher ist niemand hier im Saal, der etwas anderes behaupten wollte. Infam aber ist es, heute das Wahlergebnis für die SPD als Fusionszustimmung deuten.

Die Wähler wollten den bürgernahen Bürgermeistersitz am Ort, aber niemand wagt ihnen heute zu sagen, daß als Fusionsfolge in absehbarer Zeit ein gemeinsames Rathaus gebaut wird. Dieses Rathaus, das Millionen-Steuergelder kosten wird, kommt mit Sicherheit, wenn wir die Fusion nicht rückgängig machen. ▶

Der TTC feierte sein 25-jähriges Jubiläumsfest — und tausende Mörfelder feierten mit. Kein Wunder, durch den Tischtennis-Sport wurde Mörfelden bekannt. Nicht weniger als vier deutsche Mannschaftsmeisterschaften und eine Vizemeisterschaft der Herren gehören zu der stolzen Bilanz dieses erfolgreichen Clubs. Mit seinen 400 Mitgliedern rangiert der TTC heute hinter der SKV als Mörfeldens zweitgrößter Sportverein, der jetzt zehn Jahre in der Bundesliga, der obersten deutdeutschen Spielklasse, mitmischt.
(Unser Bild: Erich Arndt und seine Mannschaft zur Zeit der größten Erfolge.)

▼ Wiesbaden setzt auf Verschleppung

Ein wichtiger Grund für die Fusionsablehnung war und ist die Namensfrage. Gerade in dieser Frage wurde besonders deutlich, mit welch einer menschenverachtenden Borniertheit, man in Wiesbaden zu Werke geht. Der 24 : 16-Stadtverordneten-Beschluß vom 17. Mai hat nicht die gereizte Stimmung von breiten Bevölkerungsteilen aus der Welt geschafft. Und heute kann man sagen, die Bitte des Magistrats an die Landesregierung, möglichst rasch zu entscheiden, wird wohl nicht gehört werden.
Im Innenministerium sagte man uns nämlich, daß die Wünsche der Stadt Waldfelden kein Einzelfall seien und daß die Namensfrage erst nach der Sommerpause im Oktober im Landtag entschieden wird.
Wenn wir davon ausgehen, daß die knappe Abstimmung am 17. Mai die Landesregierung vor eine neue Situation stellt, dann ist ihre Entscheidung höchst unsicher geworden. Angesichts der entstandenen Verzögerungen überlegen sich sowieso viele Menschen, ob die ganze Geschichte nicht eine von vorn herein eingeplante Verschleppungsaktion ist.
Wir fragen heute alle die Kollegen, die bis zum 17. Mai mit großem Einsatz für den Doppelnamen stritten — was wird, wenn die Landesregierung nicht zustimmt?
Wir fragen die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Brehl, Arndt und Thomas, ob sie dann zu ihrer Meinung und Unterschrift stehen, daß dann die Fusion aufgehoben werden muß.

Gibt es „mutige" Fusionsgegner in den Fraktionen der SPD und CDU?

Wir wissen natürlich, daß es für Sie heute abend nicht einfach ist, diesem DKP-Antrag zuzustimmen. Die Sozialdemokraten würden gegen die eigene Landesregierung stimmen, auch die CDU, jedenfalls der Walldorfer Teil, müßte wie die SPD eingestehen, daß der seitherige Weg falsch war. Allesamt haben überhaupt ihre grundsätzlichen Schwierigkeiten, über einen Antrag der Kommunisten zu befinden. Diese und andere Probleme kennen wir. Wir bitten Sie trotzdem, im Interesse der Bevölkerung, dem Antrag zuzustimmen.
Möglicherweise verlangt eine Entscheidung gegen die festgelegte Fraktionsmarschrichtung mehr Mut als man gemeinhin annimmt. Möglicherweise sind die „mutigen Fusionsgegner" hier rar geworden. In jedem Fall wäre es gut für dieses Parlament, wenn beide Fraktionen in dieser Frage die Abstimmung freigeben würden. Wer gegen die Fusion stimmt, stimmt gegen diese Mehrheit unserer Bevölkerung. Wir hoffen, daß sie dies bei Ihrer Entscheidung bedenken. Einen falschen Weg braucht man nicht bis zum Ende zu gehen. Noch kann man umkehren. ■

Lesen Sie die UZ!

„Mein Gott, Baldur..."

Der Walldorfer Baldur Schmitt erweist sich immer mehr als ehrgeiziger Wortführer der fünfundzwanzig Köpfe zählen-zählenden SPD-Stadtverordneten-Fraktion.
Schmitt, der die Schaukämpfe des bürgerlichen Parlaments recht ordentlich beherrscht, ist aber halt auch nicht immer in Form.
Als DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler darauf hinwies, daß sehr viele Investitionen einer gemeinsamen Stadt künftig wohl nach Walldorf gehen, sah Schmitt rot. Heftig bestritt er, daß das Walldorfer Wasserwerk nicht mehr ausreichend sei. Aber seine Attacke war halt auch nur eine übliche „Schmitt-Schau". Denn er kannte ja bereits die Magistrats-Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion in der es heißt:

„beim Wasserwerk Walldorf besteht ein gewisser Engpaß bei der Abdeckung des Spitzenverbrauches."

Ein „guter" Mann

FDP-Karry ist ein hervorragender Wirtschaftsminister. Er vertritt ganz hervorragend die Interessen der Wirtschaft — die aber nun einmal nicht identisch sind mit den Interessen der „kleinen Leute". In der Wahl der Mittel ist er dabei nie zimperlich.
In Rüsselsheim beschimpfte er Arbeitslose. Der Starlight-Fluting Papierfabrik beschafft er 25 Mill. Bundes- und Landesmittel.

(Mittlerweile ging das ganze Objekt für ein Spottgeld an die Waldhof-Schickedanz-Gruppe).
Beim atomrechtlichen Verfahren in Biblis streitet sein Ministerium engagiert für die Atomindustrie und schert sich einen Dreck darum, daß das Raumordnungsverfahren noch gar nicht entschieden ist. Tatsachen schaffen — heißt die Karry-Devise.
Genau so wird beim Flughafen verfahren. Die Erweiterungspläne sind zwar noch gar nicht beschlossen, da greift Wiesbaden schon in das schwebende Verfahren ein und vermiest den Anlieger-Gemeinden Baugebiete. Da weiß noch niemand, wann eigentlich die Startbahnerweiterungen erfolgen, da erscheinen schon Landkarten, auf denen die Okrifteler-Straße schon nicht mehr existiert. Ähnlich ist es auch gelaufen mit der jetzt beschlossenen Radarstation. (Keiner weiß genau, ob es nicht doch noch andere Möglichkeiten und Standorte gegeben hätte.)

Schonwald hin — Schonwald her — Hauptsache, das Ding steht einmal.
So macht's der Karry — scheibchenweise aber zielbewußt. Ein guter Mann für die Großkonzerne.

Das Thema Fusion bewegt nach wie vor viele Menschen. Bei der Stadtverordneten-Sitzung in Walldorf reichten die Zuschauer-Plätze nicht aus.

Im Verlauf der Diskussion nahm auch DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler das Wort. Aus seiner Erklärung entnahmen wir folgende Passagen:

Wo liegen die Vorteile der Fusion?

Die Fusion ist jetzt ein halbes Jahr alt — die Probezeit ist um — man muß jetzt noch entschiedener die Frage stellen — wo liegen eigentlich die Vorteile, die uns die Städtezusammenlegung bringen soll.

Dazu konnte man auch heute abend nichts genaues hören!
Die Gegenargumente stehen aber nach wie vor unverändert im Raum. Die Fusion bringt uns eine geringere Überschaubarkeit der Verwaltung, längere Wege zur Verwaltung und größere und teuere Verwaltungsapparate. Sie brachte bereits Abbau von Demokratie und Bürgernähe durch die verringerte Zahl von Stadtverordneten. Niemand ist heute in der Lage zu sagen, was die Fusion bereits gekostet hat und welche Kosten den Bürgern noch aufgebürdet werden. Es ist sicher, nichts wird billiger — nichts wird besser — es wird Gebührenangleichungen geben, man wird mit großen Kosten ein Rechnungsprüfungsamt einrichten müssen, große Probleme und Kosten wird die Änderung von Straßen- und Ortsnamen bringen.

Auch ohne Fusion könnte es Gemeinsamkeiten geben

Stadtrat Heinz Becker trat jetzt in einem Leserbrief für die Fusion ein. Er argumentierte, daß man die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und ähnliches gemeinsam besser bewältigen könne.
Dem stimmen wir zu — nur, dazu braucht man nicht unbedingt die Fusion. Darüberhinaus hört man nun oft das Argument, die Fusion wäre für Walldorf durchaus von Nutzen, da Walldorf bei vielen kommunalen Einrichtungen einen gewissen Nachholbedarf hätte. Diese Überlegung hat schon etwas für sich. Wenn man weiß, daß die Walldorfer Kläranlage nicht mehr ausreichend ist, daß das Walldorfer Wasserwerk nicht mehr reicht, daß Walldorf bis heute kein Schwimmbad hat (der Badesee ist außerdem jetzt gefährdet!), in Walldorf fehlen Sporthallen, es gibt hier kaum noch Bauplätze und kein ausbaufähiges Industriegebiet. Viele Investitionen der gemeinsamen Stadt gingen also in den nächsten Jahren nach dem Stadtteil Walldorf. Die Fusion ist hier keine Lösung — man kann zweifellos vieles über Zweckverbände regeln — notwendig vor allem ist, daß die Kommunen vom Staat mehr Geld bekommen, damit die fehlenden Einrichtungen in Walldorf gebaut werden können.

Neuer Ärger in Sicht

Mit dem geplanten Verlust der historischen Stadtwappen wird es neuen Ärger geben. (Übrigens gibt auch dieses Thema Aufschluß über die Denkweise derer, die die Fusion vollziehen.) Es wurde niemand gefragt und es wurde noch nicht einmal der Versuch gemacht, darüber nachzudenken, ob man bei der Ortszusammenlegung nicht die alten Stadtwappen erhalten könne.
Mittlerweile gibt es viele neue Argumente gegen den Städtezusammenschluß, durch die allgemeinen Krisenerscheinungen ist der Bauboom abgeklungen. (Das teuere Ergebnis des Städtebauwettbewerbs ist Makulatur.) Es nicht notwendig und es wäre auch falsch, die Freifläche zwischen Walldorf und Mörfelden zuzubauen. Aber auch hier finden wir bereits unliebsame Fusionsfolgen. Die allgemeine Fusionseuphorie hat nämlich mit dazu beigetragen, daß die Baupreise in unserem Gebiet ins unermeßliche stiegen.
Der Leidtragende dabei ist der kleine Mann. Die ersten Monate Fusionspraxis zeigen, daß man eine Verwaltung unter einem Dach anstrebt. Das heißt, ein Rathausneubau ist in Sicht.

„Gebietsreform, die nutzt den Großen: den Kleinen geht sie in die Hosen"

Man sollte auch eines immer wieder deutlich sagen: die Gebietsreform, in deren Rahmen auch die Fusion von Mörfelden und Walldorf fällt, nützt den „Großen"!
Den allmächtigen Industrieplanern ist „mehr Demokratie" hinderlich. Man fürchtet die Bürgernähe und die Einspruchsmöglichkeiten vieler kleinerer Parlamente. Man braucht größere Verwaltungseinheiten, um mit wenigeren Stellen verhandeln zu können, wenn zum Beispiel die Großindustrie oder der Flughafen Forderungen stellen. Man braucht die industriellen Ballungsgebiete, weil hier das Kapital bessere Verwertungsbedingungen hat.

Die Bevölkerung will, daß das Hin und Her endlich aufhört.

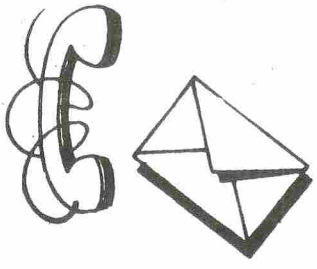
Nun besteht die große Gefahr, daß Wiesbaden gegen den Willen der Mehrheit dieses Parlamentes den Namen Waldfelden beschließt. Das bedeutet aber doch, daß es in der Fusions- und Namensfrage noch lange keine Ruhe geben wird. Die Bevölkerung aber will, daß das Hin und Her endlich aufhört. Sie will Entscheidungen und sie hätte am liebsten, daß die ganze Fusion rückgängig gemacht würde.
Wir gehen davon aus, daß sie nicht gegen den Willen einer großen Mehrheit die Fusion beibehalten wollen. Sollten sie trotzdem Bedenken haben, unserem heutigen Antrag zuzustimmen, dann schlagen wir Ihnen vor, noch in diesem Jahr mit einer Bürgerbefragung die Meinung der Einwohner zu erkunden. Wir wären bereit, unseren Antrag bis Oktober dieses Jahres zurückzustellen, wenn Sie heute abend beschließen würden, das vorher im September in Walldorf und Mörfelden eine Bürgerbefragung (in Wahllokalen) zur Fusion stattfinden würde. Damit hätten auch Sie eine Legitimation gegenüber der Landeshauptstadt. Wir glauben, daß die Bevölkerung den demokratischen Akt einer Bürgerbefragung bis zur Landtagswahl 1978 nicht vergessen hätte — das Beharren auf den alten ungeliebten Gebietsreformbeschlüssen würde aber hier, in Gießen/Wetzlar und anderswo die Bevölkerung zu neuen Wahlentscheidungen zwingen. ■

Das sind die Stadtverordneten der DKP

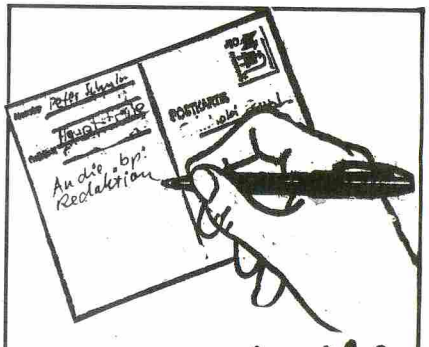
Rudi Hechler
Mörfelden, Hochstraße 22
Telefon: 2 23 62

Lorenz Pons
Walldorf, Waldenserstraße 4
Telefon: 7 42 87

Heinz Hechler
Mörfelden, Ellenbogenstraße 8
Telefon: 33 35



Schreiben Sie ihnen oder rufen Sie einfach an, wenn Sie Probleme haben, die im Parlament behandelt werden sollten. Selbstverständlich können Sie auch jeden DKP-Stadtverordneten auf der Straße ansprechen oder besuchen.



... das schreibe ich dem blickpunkt!

Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „. . . das müßte in den ‚blickpunkt' " — und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr" Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab — mit Namen oder ohne Namen — ganz, wie Sie es wünschen.

Argumente – Argumente

Mach mit in der DKP

In Mörfelden hat die DKP Gewicht. Monatlich gibt sie den „blickpunkt" heraus, der jeden Haushalt erreicht und gern gelesen wird. Im Stadtparlament, vor allem aber auch im außerparlamentarischen Raum vertritt die Arbeiterpartei DKP die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.
Bei der Kommunalwahl erhielt die DKP in unserer Stadt 11,3 % der Stimmen.
In den Städten, in denen die DKP ins Parlament gewählt wurde, ist das parlamentarische Leben durchschaubarer geworden – die Kommunisten sind das „Salz in der Suppe" des Parlaments – das sehen heute viele Menschen. Viele aber, haben immer noch Vorurteile gegen die Kommunisten. Das verstehen wir, denn täglich erleben wir die massive antikommunistische Propaganda, die den Menschen die Orientierung erschwert. Durch die Praxis unserer Arbeit werden jedoch viele „Bild"-Zeitungslügen unglaubwürdig. Immer mehr Menschen suchen das Gespräch mit der DKP und werden Mitglied. Wenn wir auch der Welle des täglichen Antikommunismus im „blickpunkt" wenig entgegenstellen können, so wollen wir allen Lesern doch unsere Argumente anbieten. Argumente, die im persönlichen Gespräch weiter diskutiert werden können. Vor allem aber wollen wir unsere Leser auffordern:
Macht mit in der DKP – werdet Mitglied der DKP!

Die DKP – ein freiwilliger Zusammenschluß Gleichgesinnter

Karriere kann man in der DKP nicht machen. Pöstchen werden nicht verteilt. Das sind keine Gründe, um in unsere Partei einzutreten.

Mitglieder der DKP, das sind die Frauen und Männer, Arbeiterinnen und Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten, Wissenschaftler und Künstler, die von der gerechten Sache der Arbeiterklasse überzeugt sind. Den Weg in die DKP findet man aus dieser Überzeugung. Sich nicht anzupassen,den Mantel nicht nach dem Wind hängen, sich selber treu sein, nach der eigenen Überzeugung handeln – das sind Gründe für die Mitgliedschaft in der DKP.

Die DKP ist die Partei der arbeitenden Menschen. Sie nützt Dir. Werde Mitglied

Die DKP – Partei ohne Generationskonflikte

In der DKP sind in Mörfelden und in der ganzen BRD erfahrene Kämpfer für die Interessen des arbeitenden Volkes, und junge Menschen.
Die Politik der DKP setzt die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung fort, die Traditionen Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Ernst Thälmanns. Der Schatz der Erfahrungen von über 50 Jahren deutscher Arbeiterbewegung findet sich in der DKP. Auf dieser Grundlage kann es keinen Generationskonflikt, kann es nur eine Weitergabe der Erfahrungen an die Jungen geben.

Die DKP – antifaschistische Partei

Die Hauptgefahr in unserem Lande kommt von rechts, von Strauß, Dregger, Springer, Kohl. Sie tun alles, um jeden demokratischen Fortschritt zu verhindern.
In den Reihen der DKP sind besondern auch in Mörfelden bewährte Antifaschisten, Kämpfer gegen Hitlerfaschismus und Krieg.
In den Reihen der DKP sind aber auch jene, die gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze auf die Straße gingen, die besonders auch in unserer Stadt den Kampf gegen die neonazistischen NPD führten, die heute gegen die undemokratischen Berufsverbote eintreten. Die DKP ist eine verläßliche Kraft im Kampf gegen rechts.

Die Mörfelder Kommunisten haben auch in der Nazi-Zeit bewiesen, daß sie diesemPrinzip treu bleiben.

Die DKP – proletarische Kampfpartei

Mörfelden ist eine Arbeiterwohngemeinde. Viele unserer Bürger kennen die Grundwahrheit, die wir vertreten: Auf der einen Seite stehen die Arbeiter und Angestellten, die arbeitende und lernende Jugend, auf der anderen die Unternehmer, die Herren in den Direktionsetagen der Banken und grossen Konzerne. Zwischen ihnen kann es keine Harmonie geben. Das zeigt sich in jeder Lohnrunde, das zeigt das Herr von Arbeitslosen, das zeigt die Misere in der Berufsausbildung.
Die Interessen des arbeitenden Volkes, der Jugend, können nur gegen die Herren des großen Geldes, gegen das Großkapitals durchgesetzt werden. ImKampf, im Klassenkampf. Die DKP, das ist die Partei des Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse.

Die DKP – Partei der nationalen Interessen

Unser nationales Interesse erfordert in erster Linie das Eintreten für Frieden, gute Nachbarschaft mit den sozialistischen Ländern und Abrüstung. Seit jeder sind Kommunisten für diese Ziele eingetreten, auch in der Zeit, als die anderen Parteien noch in den Schützengräben des Kalten Krieges hockten, als das Eintreten für die Oder-Neiße-Grenze noch als Hochverrat mit Gefängnis bestraft wurde. Wir Mörfelder Kommunisten können ein Lied davon singen. Wir kennen die Verhöre und Hausdurchsuchungen. Während der Adenauer-Reigerung waren eine Reihe Mörfelder Kommunisten wegen eben diesem „Hochverrat" in Haft.
Das nationale Interesse unseres Landes erfordert den Kampf gegen die Rüstungslobby, gegen Aufrüstung und reaktionären Geist in der Bundeswehr, damit endlich Geld für soziale Reformen frei wird, damit die Jugend unseres Landes nicht von Ewiggestrigen gedrillt wird.

Die DKP – Partei des proletarischen Internationalismus

Das Volk Vietnams hat gesiegt, wie auch das kambodschanische Volk. Die faschistische Diktatur in Portugal wurde verjagt, in Griechenland der Weg für eine demokratische Entwicklung geöffnet. Das alles war möglich, weil Solidarität siegen hilft. Die Kommunisten unseres Landes, die Mitglieder der DKP, sind stets in den vordersten Reihen der Solidaritätsbewegung zu finden. Die großen Solidaritätsaktionen in unserer Stadt, die Demonstrationen, Kundgebungen, die Flohmärkte auf dem „Dalles" haben dies bewiesen. Der proletarische Internationalismus wird auch dem chilenischen Volk helfen, die verhaßte Militärjunta zu stürzen.

Die DKP – die Partei der Tat

Die gewonnene Überzeugung im gemeinsamen Handeln durchzusetzen – das ist der Grund für die Mitgliedschaft in der DKP. Für die eigenen Rechte eintreten, indem man man für die Rechte der Arbeiter und Angestellten eintritt; Solidarität erfahren, indem man solidarisch handelt – das sind Gründe für die Mitgliedschaft in der DKP.

Die DKP richtet sich nach dem Grundsatz: Es wird sich für die arbeitende Bevölkerung nur dann grundlegend etwas ändern, wenn sie für diese Änderung selber eintritt. Diesen Grundsatz vertreten wir stets im „blickpunkt", aber auch in unseren Betriebszeitungen, wie im „Motor" bei Opel in Rüsselsheim.

„Wir tun alles, um sie gesund zu erhalten, aber ihr Mundgeruch macht uns ernsthafte Sorge."

Die DKP – Partei des Kampfes für den Sozialismus

Der Kapitalismus kann den Menschen keine Perspektive bieten. Unsicherheit ist auf der Tagesordnung. Unsicherheit, ob nicht der „blaue Brief" ins Haus flattert, Unsicherheit, ob der Sohn oder die Tochter eine Lehrstelle oder einen Studienplatz findet, Unsicherheit, ob man morgen noch die steigenden Preise und Mieten bezahlen kann. Unsicherheit, ob nach den Sonderschichten bei Opel wieder Massenentlassungen und Kurzarbeit folgen.

Sicherheit bietet der Sozialismus. Sichere Arbeitsplätze und stabile Preise. Das zeigt die stabile Entwicklung in den Ländern, in denen die Arbeiter darüber bestimmen, was in den Fabriken und Büros geschieht. Natürlich gibt es beim Aufbau des Sozialismus, der neuen Gesellschaftsordnung, Probleme in Hülle und Fülle, und es gibt auch Fehlentwicklungen. Aber der Sozialismus bietet auch die Möglichkeit, Probleme zu lösen. Nirgendwo werden Fehltentwicklungen so offen diskutiert und vor allem beseitigt, wie im Sozialismus. Die DKP kämpft für die sozialistische Zukunft unseres Landes. Sie hat eine Perspektive.

Die DKP – Partei der Aktionseinheit und des demokratischen Bündnisses

Die stärkste Waffe in der Hand des Großkapitals ist die Spaltung der Arbeiterklasse. Nur im gemeinsamen Handeln, in der gemeinsamen Aktion können die arbeitenden Menschen die Kraft entfalten, die notwendig ist für die erfolgreiche Durchsetzung ihrer Interessen. Dies haben in Mörfelden auch zahlreiche Sozialdemokraten erkannt – aber die SPD-Führung beharrt nach wie vor auf ihrem „Anti-Kontakt-Beschluß".
Die DKP tritt ein für die gemeinsame Aktion, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Für das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Kolleginnen und Kollegen. Nur gemeinsam kann die Macht der großen Konzerne zurückgedrängt werden.

Die DKP – Partei der freien Diskussion und gemeinschaftlichen Meinungsbildung

Wie soll man sich zurechtfinden in einer komplizierten Umwelt mit täglichen, scheinbar widersprüchlichen Ereignissen? Allein findet man sich da nicht zurecht. Man muß sich austauschen mit Gleichgesinnten, um die Meinung ringen, um zu richtigen Schlußfolgerungen zu kommen.

In der DKP ist die Diskussion das tägliche Brot, zur Einschätzung der Ereignisse auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin. Für die gemeinsame Meinungsbildung, für das gemeinsame Handeln.

Das machen wir in Mörfelden auf vielen Zusammenkünften in unseren vierzehntägigen Mitgliederversammlungen.

Wer spürt, daß man gegen das Großkapital zusammenhalten muß, der gehört in die

DKP

die Partei der Aktionseinheit

Beitrittserklärung

Hiermit beantrage ich
meine Aufnahme in
die Deutsche Kommunistische Partei.

Name _____

Vorname _____

Geburtsname _____

Geburtsdatum _____

Geburtsort _____

Beruf _____

Anschrift _____

Ort und Datum _____

Großes Echo hat das zweitägige Volksfest '77 in und um Recklinghausen, der Gastgeberstadt, ausgelöst. Über 300.000 Menschen aus dem Rhein-/Ruhrgebiet und allen Teilen der Bundesrepublik erlebten drei Tage freimütiger Diskussion mit der DKP und ihrer Zeitung, der UZ. Sie erlebten zahlreiche kulturelle und sportliche Höhepunkte und Stunden voll Entspannung und Lebensfreude. Es gab Spezialitäten von der Küste bis zu den Alpen – Spiel und Spaß für Alt und Jung. Aus Mörfelden kamen viele Besucher mit Bussen und PKW's. Auch sie berichten von der Einmaligkeit dieses großen Volksfestes. (Fotos: Mörfelder machen Stimmung im Hessenzelt – Der hessische „Frau Rauscher-Brunnen" in Aktion.)

LESER BRIEF

Die „Bürgerinitiative Oberwald" aus Walldorf machte in einem Brief an die DKP auf die geplante Abholzung eines Waldstückes bei der „BEWOBAU"-Siedlung aufmerksam. Die Bürgerinitiative schreibt u.a.:

„Uns geht es um die Erhaltung des Waldes zwischen B 44 und Eisenbahnlinie, bzw. Rothwiesenring und Autobahn. Wie Sie vielleicht wissen, unternahm die BEWOBAU bereits mehrere Anläufe, um dieses Waldstück in ein Baugebiet umzuwandeln. Gerade dieser Waldstreifen stellt jedoch den einzigen Schutz der Bewohner der Oberwaldsiedlung vor dem erheblich angewachsenen Lärm der achtspurigen Autobahn dar. Lärmmessungen haben in den Nachtstunden z.B. im Rothwiesenring Werte ergeben, die über dem Limit liegen, das in den entsprechenden Gesetzesvorlagen als zulässig vorgesehen ist. Ein noch drängenderes Problem ist die Abgasbelastung der Luft durch den BAB-Verkehr, für die die Filterwirkung des umstrittenen Waldgebietes unbedingt notwendig ist.
Nun kann man sicherlich sagen, daß ein Anwohner der Westendstraße im Stadtteil Mörfelden stärker lärm- und abgasgeplagt ist, als derzeit die Anwohner des umkämpften Waldgebietes. So sind wir mit Ihnen sicher einer Meinung, daß zu deren Entlastung die Mörfelder West-Süd-Umgehung schnellstens zu verwirklichen ist – auch wenn hierbei im öffentlichen Interesse Wald geopfert werden muß. Doch welch ein Widersinn wäre es, noch einigermaßen funktionierende ökologische Bedingungen im Treburer Oberwald für private Bauzwecke preiszugeben, wenn gleichzeitig Bauland, für das kein einziger Baum zu fallen braucht, in Hülle und Fülle zur Verfügung steht.
Hier möchten wir an die Wahlkampfaussagen der drei im Walldorfer Parlament vertreten gewesenen Parteien erinnern, die es sich sämtlich als ihr Verdienst zugute hielten, daß der Wald bis heute erhalten ist, und daß sie sich auch zukünftig für dessen Erhaltung einsetzen werden."

K.-D. Künstler, H. Wack, A. Wilhelm, Walldorf, Rothwiesenring

Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt", die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.
Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 90003419 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

☐ für ein Jahr ☐ für ein halbes Jahr

Name: Anschrift:

Verantwortlich: Rudi Hechler, Hochstraße 22, 6082 Mörfelden; Druck: Eigendruck